

1. Veränderungen der hochschulischen Regionalbezüge im demografischen Wandel

Ausgangspunkte und Fragestellungen

Peer Pasternack

Einerseits demografische Schrumpfung, fragmentierte Entwicklungen der Regionen und die Verminderung finanzieller Spielräume, andererseits die beiden zentralen politischen Ziele „selbsttragende Entwicklung“ und „gleichwertige Lebensverhältnisse“: Vor diesem Hintergrund ist nach Optionen für die Regionalentwicklung – zunächst in Ostdeutschland, alsbald auch in anderen Regionen – zu fragen. Dabei werden vornehmlich endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen sein. Die wirtschaftliche Stabilität erfordert eine Steigerung des technisch-technologischen Innovationsgeschehens, und gesellschaftliche Stabilität erfordert soziale Innovationen. Innovationen wiederum werden wesentlich über wissensgesellschaftliche Entwicklungsfaktoren zu mobilisieren sein. Die regionalen Hochschulen sind die institutionell stabilsten Agenturen der Wissensgesellschaft. Um ihre Ausstattungsbedürfnisse zu legitimieren, können sie verstärkt Leistungen erbringen, die regional wirksam gesellschaftliche Erwartungen bedienen. Die Erfüllung dieser sog. Third Mission ist dann am aussichtsreichsten, wenn die Hochschulen ihre Sitzregionen an die überregionalen Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -distribution anschließen, um deren Resonanzfähigkeit für wissensbasierte Entwicklungen trotz demografischer Schrumpfung zu erzeugen bzw. zu erhalten.

1.1. Problemlagen

1.1.1. Demografischer Wandel und Wissensgesellschaft

Demografischer Wandel passiert immer. Die Fertilität ändert sich entweder nach oben oder nach unten. Die Mortalität verschiebt sich seit langem nach hinten. Die Ströme der Mobilität – also Zu- und Abwanderung – folgen der je aktuellen Verteilung von Lebenschancen im Raum. Werden bestimmte, als kritisch bewertete Grenzen über- oder unterschritten, stellen sich Problemwahrnehmungen ein. In Deutschland sind diese Wahrnehmungen eine Folge der demografischen Schrumpfung. Diagnostiziert

werden unausgewogene Generationsmischungen, nämlich mehr Ältere als Jüngere. Reproduktionsraten unter 2,3 Kindern pro Elternpaar führen, wie sich jeder ausrechnen könne, über kurz oder lang zum Aussterben des Staatsvolkes. Viele Regionen gelten als zu dünn besiedelt. Der Teilausgleich von Schrumpfungsentwicklungen durch Zuwanderung geht einher mit Integrationsproblemen.

Mitunter wird versucht, die Folgen dieser Prozesse jenseits des grassierenden Demografie-Alarmismus zu formulieren. Der demografische Wandel müsse als Chance begriffen werden, heißt es dann (vgl. Mayer 2013). Daran ist zunächst und in jedem Falle eines richtig: Was ohnehin passiert, sollte man zumindest daraufhin prüfen, ob ihm auch Chancen innewohnen. Im übrigen sind die Entwicklungen durchaus auch ohne die verbreitete negative Konnotation – „Überalterung“, „entleerte Räume“ usw. – formulierbar: „Wir werden weniger, älter und bunter“, so lassen sich die bevölkerungsbezogenen Folgen gleichfalls zusammenfassen.

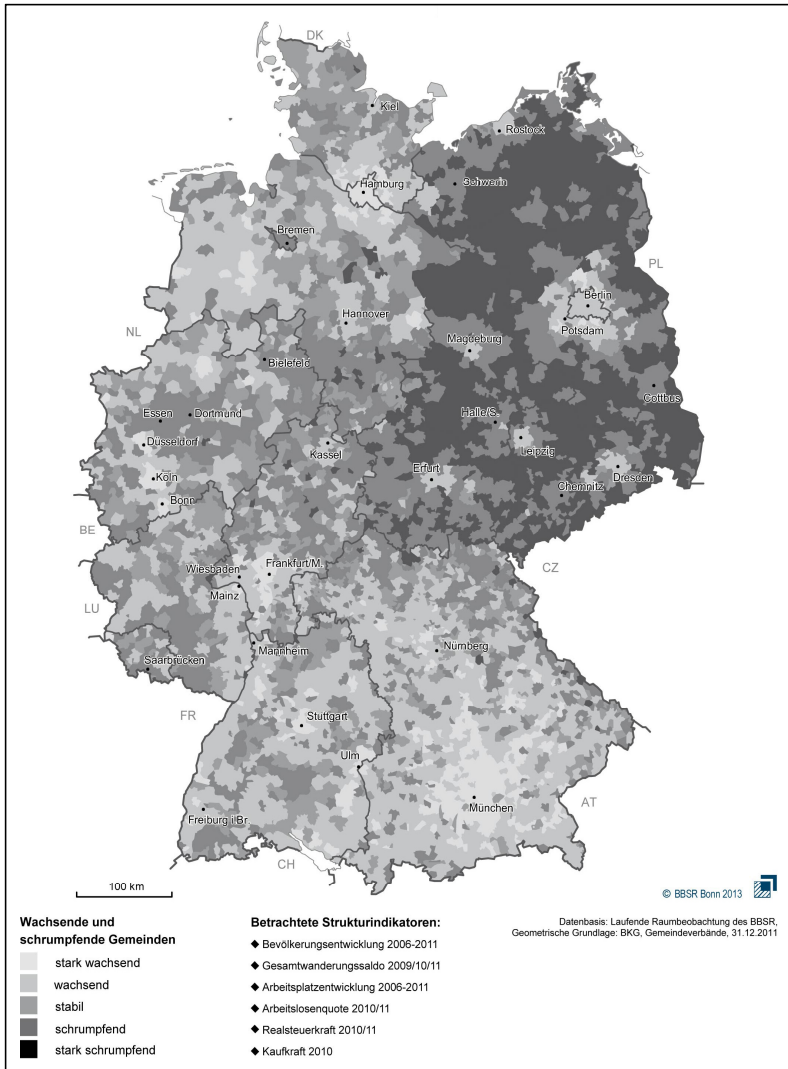
Raumbezogen indes werden wir vor allem fragmentierter. Die Prozesse verlaufen regional selektiv und mit unterschiedlicher Intensität. Daraus ergibt sich eine Polarisierung in demografische Schrumpfungsbereiche einerseits und Wachstumszonen bzw. -inseln andererseits (Übersicht 1). Diese Bevölkerungsentwicklungen korrespondieren mit den jeweiligen wirtschaftlichen Situationen. In der Perspektive der Regionalentwicklung ergeben sich so Prosperitätszonen bzw. -inseln und Stagnations- bzw. Abschwungkorridore.

Dies zeigt sich prägnant in einer Raumbetrachtung, die auf gesellschaftliche Merkmale abstellt. „Wissensgesellschaft“ lautet eines der zentralen Schlagworte zur Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft. Damit wird eine „Lebensform“ beschrieben, in der Wissen „zum Organisationsprinzip und zur Problemquelle“ der Gesellschaft wird (Stehr 2001: 10). Es muss an dieser Stelle nicht interessieren, inwieweit diese Beschreibung exklusiv ist, mit anderen Gesellschaftsbildern konkurriert oder aber diese ergänzt. Die Beschreibung repräsentiert jedenfalls eine bestimmte Perspektive, die auf Wissen als zentraler Voraussetzung der allgemeinen Wohlfahrt und gesellschaftlichen Entwicklung abstellt – und zwar auf wissenschaftliches statt traditionales oder religiöses Wissen.

Mit dieser Betrachtungs- und Entwicklungsperspektive verbinden sich sowohl Gestaltungshoffnungen als auch praktische Konzepte. Sie zielen meist auf Beiträge zum Wirtschaftswachstum und suchen insoweit Anschluss an herkömmliche Entwicklungspfade. In einer demografischen Schrumpfungssituation wird allerdings eine Frage zu stellen sein: In welcher genaueren Beziehung steht die Wissensgesellschaft zum wirt-

schaftlichen Wachstum einerseits und zur demografischen Entwicklung andererseits?

Übersicht 1: Wachsende und schrumpfende Gemeinden in Deutschland 2011



Quelle: BBSR Bonn 2013

Zunächst ist auffällig, dass Wissensgesellschaft typischerweise exklusiv mit Metropolen und verdichteten Räumen assoziiert wird. Ihre Beschreibungen und Konzeptionierungen schließen kleinere und Mittel-, aber auch kleinere Großstädte faktisch aus. Allerdings lebt in Deutschland weit mehr als die Hälfte der Wohnbevölkerung in ländlichen und in klein- bzw. mittelstädtisch geprägten Regionen. Dort sind zentrale Voraussetzungen dafür, was die Wissensgesellschaft institutionell und infrastrukturell ausmache, häufig nicht gegeben.

Es gibt in diesen Regionen eher kleine oder keine Hochschulen, folglich auch keine hohe Studierendendichte. Die hochschulinduzierte wissensintensive Dienstleistungsnachfrage ist gedämpft, ebenso das derartige Gründungsgeschehen. Außeruniversitäre Forschung wird eher durch ausstellungsvorbereitende Arbeiten des örtlichen Naturkundemuseums repräsentiert als durch Max-Planck-Institute. Verdichtungen von Hochtechnologieunternehmen kommen nur ausnahmsweise vor. Dementsprechend verhält es sich auch mit dem Konzentrationsgrad an FuE-intensiver oder anderweitiger Hochqualifikationsbeschäftigung. Die Informations- und Medienwirtschaft beschränkt sich vornehmlich auf lokale bzw. regionale Bedürfnisbefriedigung. Das kulturelle Leben wird durch ein traditional-bildungsbürgerliches Milieu dominiert statt durch innovationsgeneigte Avantgardisten.

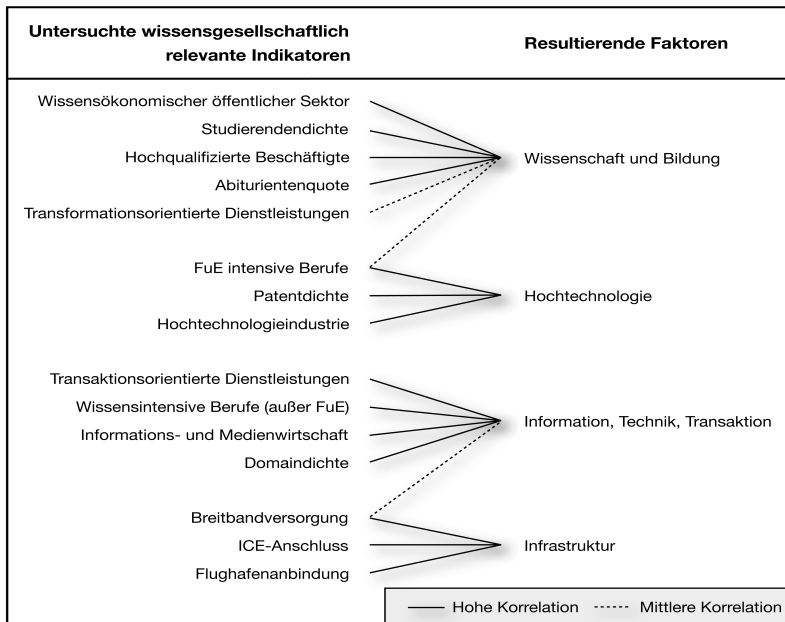
All dies verweist auf ein prioritäres wissensgesellschaftliches Gestaltungsproblem – das Zentrum-Peripherie-Verhältnis. Dabei stellt sich eine ganze Reihe von Fragen:

- Wie lassen sich geografische Randlagen in wissensgesellschaftliche Entwicklungen einbinden?
- In welcher Weise partizipieren periphere Orte an der rasanten Verbreiterung von Qualifikationserfordernissen, Bildungsbedürfnissen und Verwissenschaftlichungstendenzen?
- Ist die Entstehung weitgehend wissensfreier Zonen vorstellbar, gleichsam der Brachflächen der Wissensgesellschaft, beispielsweise deshalb, weil die schrumpfungsbedingte Einschränkung öffentlich vorgehaltener Infrastrukturen auch auf Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen ausgedehnt wird?
- Lässt sich eine wissensgesellschaftliche Minimalausstattung von Räumen definieren?
- Wie ist zu verhindern, dass es zum biografischen Makel gerät, außerhalb großstädtischer Milieus aufgewachsen, sozialisiert worden und zur Schule gegangen zu sein?

- Wie kann mit dem Steuerungsparadox umgegangen werden, dass Investitionen allein in Bildung in strukturschwachen und abwandlungsgeschwächten Räumen die Problemlage eher verschärfen statt sie zu entspannen, da für die dann besser Qualifizierten immer auch weiträumigere Arbeitsmärkte attraktiv werden? (Vgl. Matthiesen 2007: 21)

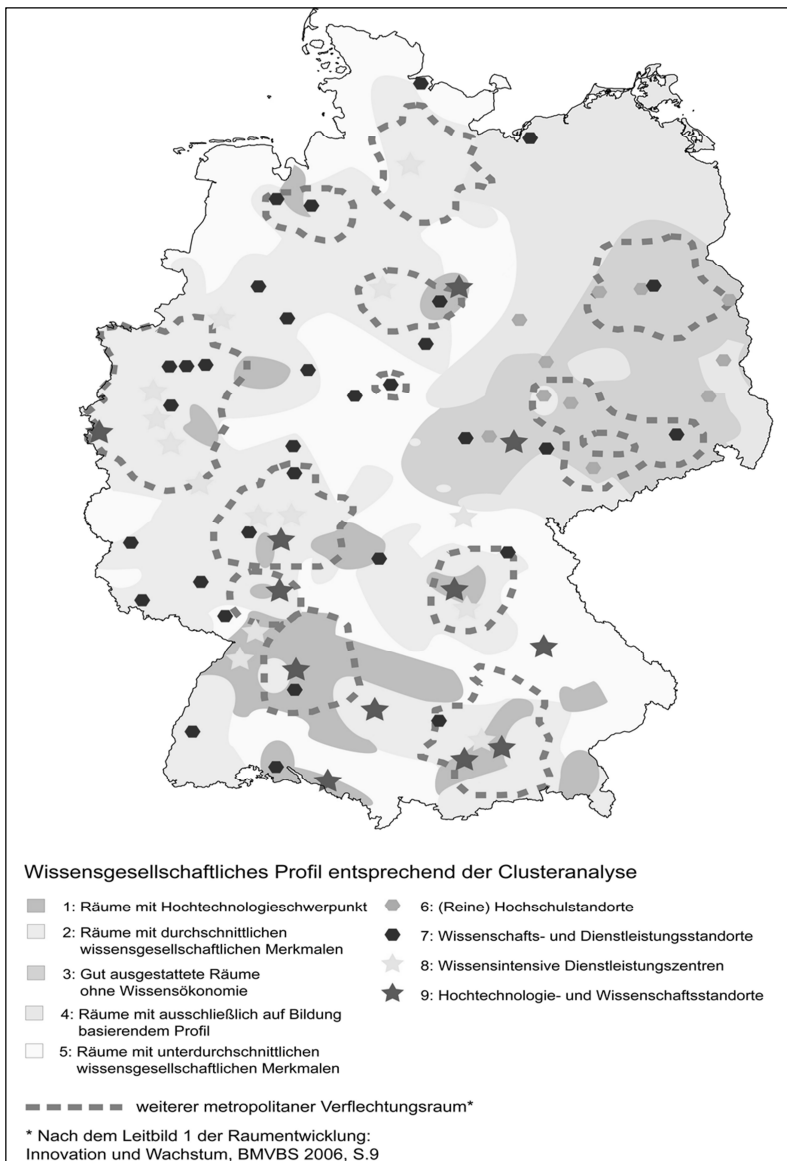
Die Raumdifferenzierung – Prosperitätszonen neben Stagnations- bzw. Abschwungkorridoren – ist nicht völlig neu, ihre Verschärfung durch die demografische Schrumpfung aber ist es dann doch. Sichtbar wird diese zunehmende Differenzierung bereits heute. Werden die Regionen Deutschlands hinsichtlich ihrer wissenschaftsgesellschaftlichen Raumcharakteristiken betrachtet, so ergibt eine Clusteranalyse gravierende Unterschiede. Kujath/Stein (2009: 373) identifizierten neun verschiedene wissenschaftsgesellschaftliche Raum- und Standorttypen (siehe Legende in Übersicht 3). Dazu gingen sie von mehrdimensionaler Determiniertheit der Wissensgesellschaft aus und legten 15 Indikatoren zu Grunde (Übersicht 2; vgl. Kujath et al. 2008).

Übersicht 2: Indikatoren der wissenschaftsgesellschaftlichen Raumcharakterisierung



Quelle: Kujath et al. (2008: 24)

Übersicht 3: Wissensgesellschaftliches Profil der Räume in der Bundesrepublik



Quelle: Kujath et al. (2008: 25)

Auf Grund einer entsprechenden Datenauswertung und -gewichtung zeigt sich im Ergebnis (Übersicht 3):

- Die wissenschaftliche Raumdifferenzierung durchzieht das gesamte Bundesgebiet.
- Die stärksten Konzentrationen wissenschaftlich besonders gut aufgestellter Regionen und Standorte bestehen südlich der Mainlinie.
- Der deutlichste Kontrast aber besteht zwischen West- und Ostdeutschland: Die östlichen Bundesländern beherbergen überwiegend wissenschaftliches Brachland.

Damit erhebt sich eine Frage: Welche Zusammenhänge bestehen zwischen wissenschaftlich relevanten Raumausstattungen, der demografisch unterschiedlichen Charakteristik von Regionen und regionalen Zukunftschancen? Besonders deutlich stellt sich diese Frage, sobald die Situation in den ostdeutschen Siedlungsgebieten in den Blick genommen wird.

1.1.2. Ostdeutsche Entwicklungen

Dass die ostdeutschen Regionen in wissenschaftlicher Hinsicht weithin Notstandsgebieten gleichen, korrespondiert – trotz aller Aufholentwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte – mit zentralen weiteren Merkmalen, die sie aufweisen:

- einseitig KMU-dominierte Wirtschaftsstruktur, d.h. nur wenige Großunternehmen, dadurch in nur geringem Umfange privatwirtschaftliche Forschungstätigkeit;
- Unterkapitalisierung der ansässigen Unternehmen;
- im Vergleich zu den westlichen Bundesländern schwache Innovationsstrukturen, nicht zuletzt dadurch ein Produktivitätsrückstand von 20 bis 25 Prozent gegenüber den westlichen Bundesländern;
- demografischer Wandel, geprägt von geringen Geburtenraten, Alterung, Abwanderung, unausgeglichener Geschlechterbilanz in Folge der Abwanderung vor allem junger Frauen, sich anbahnender Fachkräftelücke, Wohnungsleerstand, unterkritische Größen erreichende Dörfer;
- schließlich soziale Verwerfungen in Gestalt hoher Sozialtransferabhängigkeit und generationsübergreifender Verfestigung prekärer Sozialmilieus, Politik- und Institutionenskepsis, überdurchschnittlicher

Fremdenfeindlichkeit und Popularitätsstärke rechtsextremer Parteien oder Gruppierungen.

Als deutlich begrenzende Rahmenbedingung wird dabei insbesondere eine wirksam: die Entwicklung der finanziellen Rahmenbedingungen. Sie wird – z.T. spezifisch in Ostdeutschland, z.T. für die gesamte Bundesrepublik – in den nächsten Jahren durch eine Reihe kritischer Veränderungen gekennzeichnet sein. Deren voraussichtlich problematische Wirkungen werden dadurch zugespitzt, dass sie innerhalb eines kurzen Zeitfensters alle gemeinsam auftreten. Damit sind langsame Umstellungen faktisch ausgeschlossen:

1. Seit 2009 bereits verlaufen die Zuschüsse aus dem Solidarpakt degressiv; nach der derzeitigen Beschlusslage sollen sie bis 2020 auf Null abgeschmolzen werden. Dann werden die (vergleichsweise niedrigen) Steueraufkommen in den ostdeutschen Ländern ca. 80 Prozent der Landeshaushalte ausmachen.
2. Durch die relative makroökonomische Positionsverbesserung der ostdeutschen Länder in Folge der EU-Osterweiterung geht die Berechtigung zur Ziel-1-Förderung im Rahmen der Strukturförderung absehbar zu Ende, seit 2010 bereits für Leipzig, Halle und Südbrandenburg, mit der Neuprogrammierung 2013 voraussichtlich auch für die anderen Regionen. Die dann nötige 50-prozentige Gegenfinanzierung wird die weitere Durchführung europäisch unterstützter Investitionsvorhaben erheblich erschweren.
3. Abwanderung und demografischer Wandel bewirken sinkende Einwohnerzahlen und damit geringere Zuweisungen im Rahmen des (pro-kopf-bezogenen) Länderfinanzausgleichs.
4. Die im Vergleich zu Westdeutschland geringeren Löhne und höhere Arbeitslosigkeit erzeugen dauerhaft vergleichsweise geringere Einkommenssteuereinnahmen.
5. Die nach wie vor bestehenden Produktivitätsrückstände und dadurch geringere Wirtschaftsleistung bewirken auch bei anderen Steuern vergleichsweise niedrigere Einnahmen.
6. Sonderprogramme des Bundes im Wirtschafts- und Wissenschaftsbe-
reich sind nicht auf Dauer zu stellen; so stehen insbesondere die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) und die (gegenfinanzierungsfreie) Investitionszulage unter starkem politischem Druck, nicht verlängert zu werden.
7. Das 2009 verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz mindert die Steuereinnahmen der Länder.

8. Zudem greift ab 2020 das strukturelle Verschuldungsverbot nach Art. 109 (3) GG.¹

All dies zusammengekommen muss von einer Nominalminderung der ostdeutschen Landeshaushalte von bis zu einem Fünftel und einer Real-minderung – d.h. unter Einbeziehung typischer Kostensteigerungen – um 20 bis 30 Prozent bis zum Jahre 2020 im Vergleich zu 2008 ausgegangen werden.²

Die demografischen und ein Teil der finanziellen Entwicklungen sind keine allein spezifisch ostdeutschen. Wie in anderen frühindustrialisier-ten Ländern, so wird auch in *ganz* Deutschland in den nächsten Jahrzehnten ‚Schrumpfung‘ zu gestalten sein. Lediglich die Zeitpunkte, zu denen sich der entsprechende Problemdruck als unabweisbar darstellt, werden regional unterschiedlich ausfallen. Der vergleichsweise frühe Zeitpunkt dieser Herausforderung und seine Verschärfung durch das Auslaufen von Finanztransfers und Sonderfinanzierungsmodalitäten erzeugen weniger eine ostdeutsche Sondersituation, sondern eher einen Problemvorsprung gegenüber Westdeutschland. Dieser kann durch aktive Gestaltung in einen Problemlösungsvorsprung überführt werden – wobei ein Teil der Probleme zwar nicht zum Verschwinden gebracht, doch immerhin in einen produktiven Bearbeitungsmodus überführt wird.

Mit dem Auslaufen der wesentlich transfergetriebenen Entwicklun-gen werden die ostdeutschen Regionen auf ihre endogenen Potenziale verwiesen sein. Ihre bislang bestehende Innovationsschwäche und der Produktivitätsrückstand verweisen darauf, dass dabei wesentlich wissens-gesellschaftliche Entwicklungsfaktoren zu mobilisieren sind. Das heißt zugleich: Es sind Antworten auf die Frage zu finden, wie sich (bislang) periphere Regionen in wissensgesellschaftliche Entwicklungen einbinden lassen. Dazu werden vor allem die regionalen Hochschulen in den Blick zu nehmen sein: Sie sind durch ihre überwiegend öffentliche Finanzie-rung die institutionell stabilsten Agenturen der Wissensgesellschaft.

¹ „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Kre-diten auszugleichen. Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Ab-schwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normal-lage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen. Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen. [...]“

² vgl. Ragnitz/Seitz (2007); Finanzministerium Sachsen-Anhalt (o.J. [2008]); Seitz (2006); Steinbrecher/Thater/Thum (2009)

1.1.3. *Ostdeutsche Hochschulentwicklung*

Die deutschen Hochschulen befinden sich seit Jahrzehnten in einem verfestigten Status struktureller Unterfinanzierung. Der demografische Wandel lässt erwarten, dass es hierbei für zahlreiche Hochschulen zu weiteren Verschärfungen kommen wird. Bisher werden die Hochschulen primär über bildungsbezogene Kennzahlen im Haushalt gesteuert. Das zentrale Kriterium für die Landeszuweisungen ist der Umfang der Studienkapazitäten. Diesbezüglich aber sind fragmentierte Entwicklungen zu erwarten: Hochschulen an attraktiven Standorten – vor allem Großstädten – werden voraussichtlich keine oder wenig Probleme haben, ihre Studienkapazitätsauslastung zu organisieren. Dagegen können für Hochschulen in peripheren Regionen Auslastungsprobleme eintreten.

In den demografisch herausgeforderten Regionen Ostdeutschlands reduzieren sich die Geburtenjahrgänge seit 1990 bis 2020 auf etwa die Hälfte der Ursprungsgröße. Entsprechend kleiner sind dann auch die Altersjahrgänge derjenigen, die das typische Studienaufnahmealter erreichen. KMK und CHE haben dennoch vergleichsweise optimistische Studienanfängerprognosen vorgelegt (KMK 2012; CHE 2012; CHE Consult 2013). Es sind jedoch regional und fachlich selektive Entwicklungen zu erwarten. Ein Rückgang an einzelnen Standorten bzw. in einzelnen Fächern könnte mehr als die aktuelle Überlast beseitigen, die derzeit in zahlreichen Studiengängen besteht.

Zudem können die Prognosen aus methodischen Gründen zentrale Risiken nicht abbilden. Deren wichtigste sind: eine wieder zurückgehende West-Ost-Wanderung, sobald sich die Studienkapazitätsverfügbarkeit in westdeutschen Regionen etwas entspannt, d.h. die aktuellen Überlauftakte von West nach Ost schmelzen dann ab; die Auswirkungen der verschärften Konkurrenz zwischen dem berufsbildenden Sektor und der Hochschulbildung; schließlich regional fragmentierte Entwicklungen, da die Prognosen auf Länderebene aggregiert sind.

In den 1990er Jahren waren die Hochschulsysteme der östlichen Bundesländer unter sehr optimistischen Wachstumserwartungen aufgebaut worden. Seit einigen Jahren hat indes die demografisch bedingte Reduzierung der Studienanfänger-Jahrgänge eingesetzt, die gegenwärtig durch erhöhte Studierneigung und Überlauftakte aus den westdeutschen Ländern kompensiert werden kann. Letztere werden jedoch voraussichtlich wieder abnehmen. Dass die Hochschulen dann noch ihre Ausstattungsbedürfnisse allein bildungsbezogen legitimieren können, erscheint sehr fraglich.

1.2. Politische Ziele für Ostdeutschland und Zieloperationalisierung

Zwei politische Ziele sind für die Regionen Ostdeutschlands als zentral definiert worden: (a) selbsttragende Entwicklungen ab Auslaufen des Solidarpakts II, d.h. nach dem Jahr 2020, und (b) die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in West und Ost.³

1.2.1. *Selbsttragende Entwicklungen: wirtschaftliche und soziale Stabilität*

Um dem Erreichen selbsttragender Entwicklungen im Angesicht der absehbaren ostdeutschen Landeshaushaltsentwicklungen näher zu kommen, sind bestimmte Voraussetzungen zu schaffen:

- Einerseits ist wirtschaftliche Stabilität in den ostdeutschen Ländern eine Grundbedingung, um die Einnahmensituation der öffentlichen Haushalte zu verbessern.
- Andererseits bedarf es gesellschaftlicher Stabilität, um die öffentlichen Ausgaben für nachsorgende Problembearbeitungen zu begrenzen.

Wirtschaftliche Stabilität wiederum erfordert eine Steigerung des technisch-technologischen Innovationsgeschehens, insbesondere um qualitativ bestimmtes Wachstum realisieren zu können. Gesellschaftliche Stabilität erfordert soziale Innovationen, um vorbeugende Problemvermeidung statt nachsorgender Problembearbeitung zu bewerkstelligen. Vor dem doppelten Hintergrund des demografischen Wandels und der ostdeutschen Landeshaushaltsentwicklungen ist dabei von drei zentralen Annahmen auszugehen:

1. Sowohl für wirtschaftliche als auch außerökonomische Entwicklungen werden mit dem absehbaren Ende der hohen Finanztransfers in die öffentlichen Haushalte der ostdeutschen Länder vornehmlich *endogene Entwicklungspotenziale* zu erschließen sein.
2. Die Wohlstandsentwicklung wird unmittelbar mit dem Grad an selbsttragender Entwicklung korrelieren, der unter Mobilisierung en-

³ Vgl. Artikel 72 Absatz 2 GG, der dem Bund ein Gesetzgebungsrecht zuweist, „wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht“.

dogener Entwicklungs-, insbesondere *Innovationspotenziale* realisiert wird.

3. Zu den endogenen Innovationspotenzialen gehören als zentrale Schaltstelle der Regionalentwicklung die *Hochschulen*, und ebenso sind die Hochschulen die Orte, an denen weitere endogene Innovationspotenziale erzeugt werden.

1.2.2. *Gleichwertige Lebensverhältnisse: Lebensqualität*

Zugleich muss das politische Ziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ angemessen operationalisiert werden. Zu vermeiden sind dabei unrealistische Erwartungen, die von vornherein eine politische Zielverfehlung programmieren würden.⁴ Bislang orientiert sich der Vergleich zwischen west- und ostdeutschen Lebensverhältnissen an formalen Parametern wie individuellen bzw. Familieneinkommen, Beschäftigungsquoten oder kommunalen Finanzausstattungen. Diese Perspektive stellt auf Messbares ab, verfehlt aber u.U. das, was mit Einkommen, Beschäftigung und kommunaler Leistungsfähigkeit erreicht werden soll: Lebensqualität.

Die üblichen Kriterien, die quantitatives Wachstum indizieren – Produktivitätszuwächse, Wirtschaftswachstum, Einkommenserhöhungen, Bildungsexpansion usw. –, bilden keine Selbstzwecke ab, auch wenn dies im „Zeitalter der Kalkulation“ (Muller 1999: 195) so scheinen mag. Vielmehr sind sie metrische Hilfskonstruktionen, mit denen versucht wird, in den Blick zu bekommen, worum es eigentlich geht: Lebenschancen und Lebenszufriedenheit, d.h. Lebensqualität zu sichern und entwickeln. Dies korrespondiert zwar durchaus mit dem, was die quantitativen Parameter abbilden, geht darin aber nicht auf.

Die Betrachtung wäre daher um inhaltliche Kriterien zu ergänzen. Mit der Nutzung einer Lebensqualitäts-Perspektive kann vermieden werden, dass einzelne Indikatoren mehr oder weniger willkürlich herausgegriffen werden, um mit derart sichtbar werdenden regionalen Ausstat-

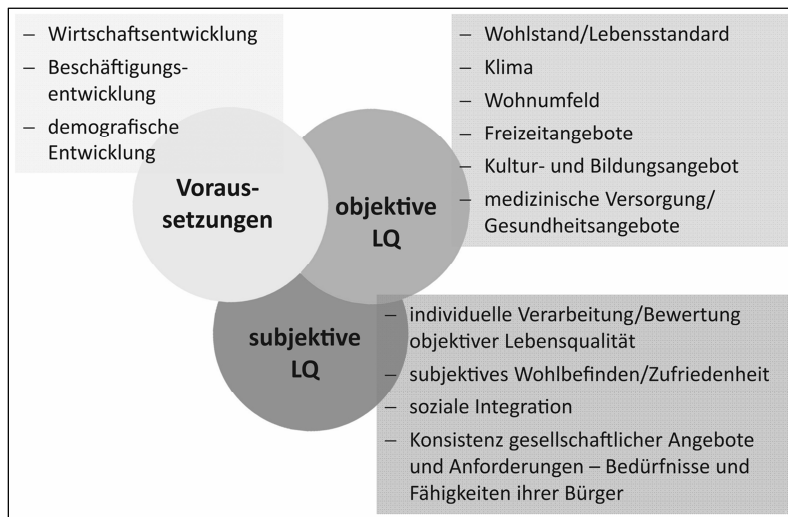
⁴ Vgl. z.B. Ministerkonferenz für Raumordnung (2009: 11): Es „stellt sich ... die Frage nach einer präzisen Definition eines Mindestmaßes an Leistungen der Daseinsvorsorge, die auch in den am dünnsten besiedelten Regionen zukünftig zur Verfügung stehen sollen. [...] Einvernehmen besteht insoweit, dass die Setzung von räumlichen Mindeststandards sich auf die für die Sicherung der Daseinsvorsorge unbedingt notwendigen Standards beschränken muss, also nur wohl abgewogene und bedarfsadäquat gestaltete Standards festgesetzt werden sollten. Offen ist jedoch die Frage, was im Falle der Unter- oder Überschreitung der Mindeststandards geschieht.“

tungs- oder Entwicklungsungleichheiten nicht gleichwertige Lebensverhältnisse zu belegen.

Lebensqualität entsteht grundsätzlich aus dem Zusammenspiel vielfältiger Aspekte, die nur in ihrer Gesamtwürdigung einen Vergleich mit anderen (z.B. westdeutschen) Regionen ermöglichen. Zu unterscheiden sind dabei

- die *objektive Lebensqualität*, ausgedrückt in statistisch messbaren Indikatoren für Lebensbedingungen – Klima, Wohnumfeld, Lebensstandard, Beschäftigung, Freizeitangebote, Kultur- und Bildungsangebot, medizinische Versorgung und Gesundheitsangebote – sowie
- die *subjektive Lebensqualität* – entstehend durch die individuelle Verarbeitung und Bewertung der objektiven Lebensqualität und beeinflusst durch Faktoren wie soziale Bindungen, Möglichkeiten politischer Mitsprache, Zukunftsbewertung oder überindividuelle Aspekte wie Freiheit, Solidarität, soziale und intergenerationale Gerechtigkeit.⁵ (Übersicht 4)

Übersicht 4: Dimensionen der Lebensqualität



⁵ vgl. Korczak (1995); Noll (2000); Ebbinghaus et al. (2007); Jochimsen (2012), Hirata (2012); vgl. auch Raffelhüschen/Schöppner (2012), die mit dem Begriff der Lebenszufriedenheit operieren

Zentrale Fragen, die sich in dieser Perspektive stellen, sind dann: Wie entwickelt sich Lebensqualität in Schrumpfungsprozessen? Wie wird Lebensqualitätsentwicklung durch Schrumpfungsprozesse beeinflusst? Welche Möglichkeiten gibt es, um Lebensqualität trotz schrumpfungsbedingter Begrenzungen zu sichern und zu steigern?

1.2.3. Selbsttragende Entwicklungen und gleichwertige Lebensverhältnisse: qualitativ bestimmtes Wachstum

Wird eine Perspektive auf die tatsächliche – objektiv wie subjektiv bestimmte – Lebensqualität zugrundegelegt, dann kann auch in den Blick geraten, inwieweit das herkömmliche Wachstumsparadigma der ostdeutschen Situation gerecht wird. Grundsätzlich unterstellen Modernisierungstheorien für eine gelingende Entwicklung der Gesellschaft, dass die meisten gesellschaftlichen Teilbereiche wachsen: Wirtschaftswachstum, Konsumzunahme, Bildungsexpansion, Steigerung sozialer Teilhabe usw. Angesichts dieses dominierenden Wachstumsparadigmas ist die Frage, was in und mit einer modernen Gesellschaft geschieht, wenn die Bevölkerung schrumpft, bislang ein theoretisches Desiderat.

In Ostdeutschland ist durch das Zusammentreffen der Krise des herkömmlichen Wachstumsmodells und des demografischen Wandels gleichsam ‚vor der Zeit‘ ein Sozial- und Wirtschaftsmodell zu gestalten, das sich vom traditionellen Wachstumskapitalismus unterscheidet und mit Zeitversetzung ebenfalls in den westdeutschen Regionen als Herausforderung stehen wird. Der zentrale Unterschied zwischen Ost und West besteht hier eher darin, dass die traditionellen industriellen Wirtschaftsstrukturen, die das herkömmliche Wachstumsmodell tragen, in den ostdeutschen Ländern zum großen Teil bereits nicht mehr bestehen.

Die ostdeutschen Probleme können insofern, wie schon erwähnt, positiv umgedeutet werden: indem sie als Chance begriffen werden, aus dem Problemvorsprung einen Problemlösungsvorsprung zu generieren. Insofern die demografische Schrumpfung Mitverursacher der Krise des naturverbrauchenden Wachstumsmodells ist, erzeugt sie zugleich nicht nur Probleme, sondern auch einen Problemlösungsdruck, dem sich durchaus Erfreuliches abgewinnen lässt:

„Nennenswertes Wirtschaftswachstum in früh industrialisierten Nationen, deren Konsum längst gesättigt ist und die ihren demographischen Höhepunkt hinter sich haben, ist kaum noch vorstellbar. Wir brauchen daher schleunigst Wege für ein Wohlergehen der Gesellschaft ohne Wachstum. [...] die stark vom demographischen Wandel betroffen[en]

... Zonen haben ironischerweise ein hohes Innovationspotenzial, weil eine Erholung über klassische Entwicklungsprojekte ausgeschlossen ist. Sie müssen deutlich machen, dass sie bereit sind, ihre eigenen Belange in die Hand zu nehmen und zukunftsweisende Konzepte in den Bereichen Energieversorgung, Schule, Landbau und kleine Kreisläufe, Mobilität oder Gesundheitsversorgung vorzulegen.“ (Klingholz 2009; vgl. auch Berlin-Institut 2009)

Ein Wirtschafts- und Sozialmodell, das sich vom traditionellen Wachstumskapitalismus unterscheidet, wird gekennzeichnet sein durch das Ende der Dominanz industrieller Massenfertigung von Serien identischer Produkte und, damit einhergehend, durch das Ende der Dominanz „kolonnenhaft“ organisierter Erwerbsarbeit (Miegel 1997). Es wird sich stattdessen auszeichnen durch fragmentierte Entwicklungen, durch neue Produktionsmodelle, die wiederum bestimmt sind von wirtschaftlichen Erfolgsfaktoren wie flexibler Spezialisierung und differenzierter Qualitätsproduktion (Behr/Schmidt 2005; IWH 2004), durch neue biografische Zeitdisponibilitäten und daraus folgend veränderte Lebensverlaufsregimes (Busch/Land 2006: 13-16).

Eine Alternative zum herkömmlichen Wachstumsmodell stellt die Orientierung auf qualitatives Wachstum dar. Dieses umfasst nichtökonomische und ökonomische Aspekte. Es zielt auf die Verbesserung der Lebensqualität, die Schonung der Umwelt und eine (vor allem im globalen Maßstab) gerechte Einkommensverteilung. Dies könne sich am Begriff der Suffizienz orientieren, d.h. einem Haushalten mit den Ressourcen, indem Bedürfnisse befriedigt werden, ohne das Bedürfnisniveau stetig anzuheben (Linz 2006; 2012).

Mittel zu diesen Zwecken sind ressourcenschonende Produktion und Dienstleistungen, die durch wissensgetriebene Qualitätsverbesserung die Wertschöpfung bei sinkenden Stoffumsätzen steigern und langlebige Qualitätswaren mit garantiertem Service hervorbringen. Voraussetzung ist eine Änderung des Innovationsregimes, das primär auf Ressourceneffizienz auszurichten ist. Dies wiederum setzt eine deutliche Steigerung immaterieller Investitionen voraus: in das Bildungssystem, da eine durchschnittliche Anhebung des Qualifikationsniveaus der Bevölkerung benötigt wird; in Grundlagenforschung, da Innovationen auf Inventionen aufbauen; in FuE, da Inventionen in Innovationen überführt werden müssen. (Vgl. Frank/Höfer 2011, Haskel 2011)

Ebenso erfordert qualitatives Wachstum, insofern es auf Lebensqualitätsverbesserungen zielt, soziale Innovationen. Das betrifft etwa die Veränderung des Arbeitsregimes durch Teilung der Arbeit mit Verringerung der Arbeitszeiten, solidarischem Austausch bei leicht gemindertem Ein-

kommen und dadurch mehr Zeit und Möglichkeiten, andere Formen der Teilhabe zu erfahren und zu gestalten (Linz 2006: 25f.). Es betrifft soziale und kulturelle Dienstleistungen, von Altenpflege und ehrenamtlichem Engagement in der Bildungsarbeit für Kinder über soziale Innovationen, die neue Lebenspraktiken, Organisationsformen, Regulierungen und Lebensstile erzeugen oder bedienen, welche auf Grund bestehender Unzufriedenheiten und Probleme hinsichtlich bestehender Praktiken von Sozialunternehmen entwickelt werden (Christmann/Balgar 2012: 4), bis hin zur Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft durch intensivierete Teilhabemöglichkeiten.

Wesentliche Voraussetzungen qualitativer Wachstumsprozesse sind Bildung, Forschung und der Wissenstransfer in Anwendungskontexte. Als Träger dessen wirken in entscheidendem Maße die Hochschulen. Sie schaffen ebenso Voraussetzungen für den Bereich der High-Performance-Innovationen, wie sie dort auch selbst aktive Beiträge leisten. Ihre weit überwiegend öffentliche Finanzierung macht sie zugleich zu den institutionell stabilsten Agenturen solcher Innovationsorientierung.

1.3. Die Rolle der Hochschulen

Die Auswirkungen der demografischen und finanziellen Rahmenbedingungen werden vornehmlich regional wirksam. Die Regionen haben ein Interesse an selbsttragender Entwicklung. Die in den Regionen ansässigen Hochschulen sind einerseits ebenfalls von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen, andererseits haben sie ein Interesse an organisationaler Stabilität. Beides lässt sich zusammenführen.

1.3.1. Hochschulen als Objekte und Subjekte des demografischen Wandels

Im demografischen Wandel nehmen die Hochschulen zweierlei Rollen ein, eine passive und eine aktive. Sie sind einerseits Objekte des demografischen Wandels, das heißt: Sie sind objektiv von Umfeldentwicklungen betroffen, die sie nicht beeinflussen können, beispielsweise reduzierte Studienanfängerjahrgänge oder durch rückläufige Studienanfängerzahlen induzierte Ausstattungseinbußen. Andererseits jedoch sind die Hochschulen auch Subjekte des demografischen Wandels, das heißt: potenziell gestaltende Akteure, die einen strategischen Umgang mit dessen Folgen entwickeln können.

Im Blick auf ihre *objektive Betroffenheit* stellen sich folgende Fragen:

- In welcher Weise sind Hochschulen als Agenturen der Verteilung des Wissens im Raum von der raumbezogenen ‚Schrumpfung‘ tangiert?
- Welche Einflüsse auf ihre Qualität hat die Verortung einer Hochschule im Zentrum oder in der Peripherie?
- Ist mit einer Differenzierung der Hochschulen in solche innerhalb eines global interagierenden Metropolennetzes und solchen außerhalb dieses Netzes zu rechnen, und welche funktionsbezogenen Konsequenzen hätte dies gegebenenfalls?
- Welche Herausforderungen ergeben sich aus der veränderten sozialen Zusammensetzung der nachwachsenden Generationen für das Hochschulsystem?
- Wird es ggf. ausgerechnet der vielgescholtene deutsche Hochschulföderalismus sein, der dafür sorgt, dass es zu keinen wissenschaftsfreien Siedlungszonen kommt, da föderalistische Strukturen leistungsfähiger sind, um regionale Versorgung auch außerhalb von Verdichtungsräumen zu gewährleisten?
- Oder aber: Wird das seit der westdeutschen Hochschulexpansion gültige Paradigma der Versorgung mit Hochschulangeboten in der Fläche schon allein deshalb aufzugeben sein, weil sich die prokopfbezogenen Kosten jeglicher Infrastrukturen und die Siedlungsdichte umgekehrt proportional zueinander verhalten?

Im Blick auf die Hochschulen als *Subjekte* einer produktiven Gestaltung des demografischen Wandels drängen sich folgende Fragen auf:

- In welcher Weise können Hochschulen als Agenturen der Verteilung wissenschaftlichen Wissens im Raum zur produktiven Bearbeitung der demografisch bedingten Schrumpfungsprozesse beitragen?
- Was sind ihre qualitativen Wirkungen in der jeweiligen Sitzregion, und was können darüber hinausgehende qualitative Wirkungen im Schrumpfungskontext sein?
- Welche Prägungen der Raumstruktur sind durch Hochschulen leistbar, etwa als regionale Infrastruktur? Welche Leistungen können und müssen Hochschulen zur Stabilisierung von Räumen unter Schrumpfbedingungen erbringen, und welche Veränderungen ihrer Leistungsstruktur erfordert dies gegebenenfalls?
- Welche kulturellen, sozialen und ökonomischen Wirkungen sind von Hochschulen zu erwarten, und wie werden diese Erwartungen erfüllt?

- Werden die Hochschulen dereinst in bestimmten Regionen die alleinigen Träger einer Kultur der Neugierde, Forschung und Innovation in ansonsten kulturell entkernten Räumen sein?
- Welche (je nach Standort unterschiedlichen) Aufgaben ergeben sich für Hochschulen aus einer etwaigen dauerhaften Differenzierung des Raumes in Prosperitätsinseln und Abschwungkorridore?
- Auf welche Weise tragen Hochschulen dazu bei, dass mit ihren Absolventen ein Großteil der lokalen Jugend für den überregionalen Arbeitsmarkt mobilisiert wird und damit der demografische Wandel in peripheren Regionen beschleunigt wird?
- Stehen die Hochschulen vor der Aufgabe, sich zu den zentralen Inkubatoren regionaler Mode-II-Strukturen der Wissensproduktion zu entwickeln, da sie als einzige Akteure in der Lage sind, ihre jeweilige Region an überregionale Wissenskreisläufe anzudocken?⁶
- Wie kann es gelingen, zur Sicherung des Fachkräftebedarfs die weitgehend hochschulbildungsferne Bevölkerungsgruppe der schwächer qualifizierten Einkommensschwachen für Hochschulbesuche ihrer Kinder zu motivieren (und letztere entsprechend zu qualifizieren)?
- Wie entwickelt sich die Konkurrenz von Hochschule und Ausbildungsberufen, und entziehen erstere bei Ausweitung ihres Rekrutierungskreises letzteren die Basis?
- Wie können sich Hochschulen unter Schrumpfungsbedingungen so im Raum positionieren, dass sie überlebensrelevante Stabilität gewinnen?
- Werden sich die in Mittelstädten angesiedelten Hochschulen als Retter der Innenstädte positionieren und entwickeln müssen?

⁶ Mit dem Mode-II-Konzept werden Veränderungen der Wissensproduktion und –nutzung beschrieben, als deren wesentliche Elemente benannt bzw. vorhergesagt werden: (a) Wissensproduktion vollziehe sich primär im Kontext der Anwendung – woraus sich Reflexivität und gesellschaftliche Verantwortlichkeit ergäben, d.h. eine Produktion sozial robusten Wissens, da die Wissenschaft die gesellschaftliche Wirkung ihrer Erkenntnisse unmittelbar berücksichtigen müsse. Ebenso ergebe sich ein verstärkter Einfluss außerwissenschaftlicher Relevanzentscheidungen auf die Orientierung, Validierung und Fortsetzung von Forschungen. (b) Organisatorisch verliere sich die Beschränkung auf Universitäten und/oder herkömmliche Disziplinstrukturen. Statt dessen komme es zu einer Vervielfältigung der an der Wissensproduktion beteiligten Institutionentypen; hier wiederum nähmen flexible und zeitlich begrenzte Organisationen und fluide Netzwerke eine besondere Rolle ein. Transdisziplinarität werde kennzeichnend bei gleichzeitigem Verlust der orientierenden und kontrollierenden Rolle der Einzeldisziplinen. (Gibbons et al. 1994; Nowotny et. al. 2001)

- Welche Konsequenzen hat es dabei, dass sich der Hochschulsektor in Teilen ortlos organisieren wird – durch Virtualisierung von Lehrangeboten, die je nachfrageabhängige Eröffnung und Schließung von Dependancen, verbunden damit, dass faktisch ortlose Hochschulen weder willens noch in der Lage sein werden, regionale Integrationsleistungen zu erbringen?

1.3.2. *Verstärkte Teilhabechancen durch Hochschulbildung: Studienkapazitätsauslastung und Heterogenität*

Eine zentrale Idee der Moderne ist die Erzeugung gesellschaftlicher Teilhabechancen durch Bildung. Dabei verbinden sich bildungsemanzipatorische Ideen der Aufklärung mit wirtschaftlichen Bedürfnissen nach verstetigter Fachkräfteversorgung. Zugleich wird, da in jeder Gesellschaft die Ressourcen begrenzt sind, nirgends eine Maximalversorgung mit Bildung realisiert. Dadurch bleibt ein Teil der individuellen Potenziale immer auch unausgeschöpft. In welchem Maße einerseits diese Nichtauserschöpfung gesellschaftlich toleriert wird und andererseits bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, unterliegt einem fortwährenden gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Dafür liefert der demografische Wandel Argumente, welche einer intensivierte Bildungsbeteiligung zu arbeiten.

Unter Bedingungen schrumpfender Altersjahrgänge der Nachwachsenden ist es nicht nur normativ wünschenswert, dass jeder Mensch größtmögliche (Bildungs-)Chancen erhält, aus seinem Leben etwas machen zu können. Vielmehr ist dies auch funktional notwendig: Den weniger vorhandenen Menschen – darunter insbesondere den Nachwachsenden – müssen mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll. Je weniger Menschen es gibt, desto weniger kann es sich eine Gesellschaft leisten, auf individuelle Beiträge der Einzelnen zur allgemeinen Entwicklung zu verzichten. Dies läuft auf die Notwendigkeit hinaus, generell das durchschnittliche gesellschaftliche Bildungs- und Qualifikationsniveau anzuheben. Wo weniger Menschen nachwachsen, müssen diese umso stärker ertüchtigt werden, damit die benötigten Qualifikationen gesellschaftlich auch weiterhin hinreichend zur Verfügung stehen.

Für die Hochschulen bedeutet das: Sie werden zum einen in zunehmendem Maße Strategien entwickeln müssen, um die Zahl der Studierenden bspw. über die Anwerbung neuer Studierendengruppen auf einem gesellschaftlich akzeptierten Niveau halten zu können. Dafür wird es nö-

tig sein, eine differenzierte Struktur der Hochschulbildungsangebote zu sichern und ihre unterkritische Dichte in der Fläche zu vermeiden.

Zum anderen werden in qualitativer Hinsicht Ansätze benötigt, um einer erwartbaren stärkeren Heterogenität der Studierenden produktiv zu begegnen. Reduzierte Studienanfängerjahrgänge und gleichzeitig erheblicher Fachkräftebedarf erzwingen es, dass auch solche jungen Menschen an ein Hochschulstudium herangeführt werden, die für ihre individuelle Qualifizierung bisher eher nichtakademische Optionen präferiert hätten. Die damit notwendig zunehmende Heterogenität betrifft nicht allein die differenzierten kognitiven Anfangsausstattungen der Studierenden, sondern auch unterschiedliche (berufs)biografische Erfahrungshintergründe, kulturelle Herkunft (sozial oder/und ethnisch), Lebensalter sowie Erwartungen und Intentionen, die sich mit einem Hochschulstudium verbinden.

Dafür sind zunächst Rahmenbedingungen nötig, die zur Öffnung der Hochschulen für nichttraditionelle Studierendengruppen beitragen und die Nutzung der Diversity-Potenziale ermöglichen. Das betrifft entsprechende Strukturen etwa in der Kinderbetreuung in Randzeiten oder angepasste und flexible Studienangebote, die Teilzeitstudieren und unterschiedliche Studiergeschwindigkeiten ermöglichen. Desweiteren bedarf es spezifischer, nämlich heterogenitätssensibler Fertigkeiten der Lehrenden. Hierfür stellt die seit Jahren intensivierete Debatte um die Steigerung der Qualität der Lehre mannigfache Anregungen bereit.

1.3.3. Third Mission: regionale Entwicklungsbeiträge

Hochschulen in nichtmetropolitanen Räumen werden, sobald sie ihre Studienkapazitäten nicht mehr komplett auslasten können, ihre Ausstattungsbedürfnisse *allein* bildungsbezogen nicht mehr rechtfertigen können. Sie werden also mit einem Legitimationsproblem konfrontiert sein. Auf dieses müssen die Hochschulen reagieren. Hierfür sind Leistungen einerseits zu erbringen, andererseits plausibel darzustellen, die (a) gesellschaftliche Erwartungen bedienen, um mit Überzeugungskraft an einer etwaigen ‚demografischen Rendite‘ teilhaben zu können, und (b) mit den herkömmlichen Kernaufgaben von Hochschulen – Forschung & Lehre – gekoppelt sind, um angemessen ausgefüllt werden zu können.

Das trifft auf gesellschaftliche Erwartungen, die über die herkömmliche Leistungserfüllung der Hochschulen hinausreichen. Diese richten sich an die Hochschulen in zweierlei Hinsicht: zum einen aktivere Kom-

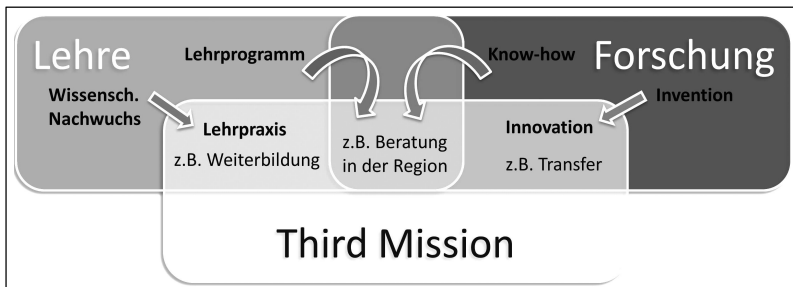
munikation mit der Gesellschaft über Zukunftsfragen (*public understanding of science*), zum anderen ein stärkeres regionales Wirksamwerden.

Für diese sich wandelnden Ansprüche an und neuen Aufgabenfelder für die Hochschulen hat sich in der Debatte der Begriff „Third Mission“ durchgesetzt. Darunter werden hier räumlich unspezifische (z.B. Weiterbildungsangebote) und regional gebundene (z.B. Kooperationen mit der regionalen Wirtschaft oder sozialraumbezogene) Aktivitäten verstanden, die über die herkömmlichen Aufgaben in Forschung & Lehre hinausgehen.

So können geeignete Maßnahmen innerhalb der Third Mission z.B. Beiträge zur Sicherstellung der wissenschaftsgesellschaftlichen Resonanzfähigkeit der jeweiligen Sitzregion leisten. Dies geschieht etwa durch die Hebung des durchschnittlichen Bildungsniveaus und verstärkte Sozialkapitalbildung der ansässigen Bevölkerung, den Wissenstransfer durch Absolventinnen und Absolventen in die Region, Patentierungsaktivitäten, Kontrakte mit Industrie und öffentlichen Aufgabenträgern, die Förderung und Sicherung kreativ-innovationsgeneigter Milieus, Ausgründungen, nicht zuletzt die Anregung von Existenzgründungen (auch) im sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich, Partizipation am politischen Geschehen oder die Teilhabe am sozialen Geschehen vor Ort.

Überlappungen mit den ersten beiden Aufträgen – Forschung & Lehre – sind für die Third Mission charakteristisch, da gesellschaftliches Engagement der Hochschulen mannigfach mit Lehre und Forschung verbunden ist und sein muss. (Übersicht 5)

Übersicht 5: Schnittmengen und Schnittstellen der Third Mission



Ebenso charakteristisch ist, dass die Third Mission keine Trennung von regionaler und überregionaler Orientierung einer Hochschule bedeutet. Vielmehr ist die regionale Wirksamkeit von Hochschulen dann am aussichtsreichsten, wenn diese ihre Region an überregionale Kontaktschlei-

fen der Wissensproduktion und -distribution anschließen. Dazu sind sie auf Grund ihrer intellektuellen Kapazitäten, ihres Fächerspektrums und ihrer überregionalen Anbindungen auch wie keine andere Institution in den Regionen in der Lage. Zugleich sind überregional verfügbare wissenschaftliche Wissensbestände für regionale Akteure nutzlos, wenn sie nicht von ansprechbaren Experten gewusst und mit Blick auf die Situation vor Ort durchsucht, geordnet, aufbereitet und kommuniziert werden. Das setzt voraus, dass in Forschung, Lehre und Nachwuchsqualifikation ein solides Qualitätsniveau besteht und die Hochschulen auch überregional und international vernetzt sind.

Grundsätzlich sind Hochschulen sowohl global orientiert, insoweit sie Institutionen einer weltumspannenden Wissenschaft sind, als auch gesamtstaatlich, regional und lokal verankert. Ihre unaufgebbare Einbindung in ein globales Wissenschaftsnetz ist das institutionelle Korrelat zur Orientierung der Forschung und Lehre an den Fronten des Wissens. Daher auch muss Forschung die komplette Forschungskette abdecken: Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Vorlaufforschung, Auftragsforschung, Transfer, wissenschaftsbasierte Beratung und Dienstleistungen darf sich also nicht auf die letzteren beschränken.

Diese einzelnen Forschungstypen müssen zwar nicht zwingend in jeder einzelnen Institution betrieben werden. Aber es sollte zum einen regionale Mindestversorgungen geben, und zum anderen sollten auch an praxisorientiert forschenden Einrichtungen jederzeit die Kontaktpunkte zur Grundlagenforschung aktivierbar sein – nicht zuletzt, um auch regional wirksam werdende Impulse geben zu können. Anwendungsorientierter Forschung geht jedenfalls über kurz oder lang der innovative Atem aus, wenn sie nicht aus der Grundlagenforschung Impulse für neue Fragestellungen und neue Problemlösungen erhält und auf das dort erzeugte Vorratswissen zurückgreifen kann. Fortgesetzte Innovativität von Anwendungslösungen baut auf der Kenntnis langfristiger Trends, vergleichbarer Fälle, relevanter Kontexte, prognostischer Wahrscheinlichkeiten, nichtintendierter Handlungsfolgen, typischer Fehler und alternativer Optionen auf. Diese Kenntnis wird *außerhalb* der Arbeit an Anwendungslösungen erzeugt.

Die regionalen Funktionen haben mit der Hochschulexpansion an Gewicht gewonnen und waren ein wesentlicher politischer Grund, eine flächendeckende Versorgung mit Hochschulangeboten zu realisieren – so auch in den ostdeutschen Ländern. Ohne dies würden Orte wie Görlitz, Zittau, Mittweida, Schmalkalden, Nordhausen, Merseburg, Bernburg, Dessau, Köthen oder Stendal heute nicht über Hochschuleinrichtungen verfügen. Manches davon ist gleichwohl bislang Hoffnung geblieben.

Zugleich haben sich beständig die Schwerpunkte derartiger Hoffnungen verschoben und ihr Spektrum kontinuierlich erweitert. Die wohl wichtigste Verschiebung markiert der Übergang von einem passiven zu einem aktiven Hochschulregionalismus:

- Lange Zeit beschränkten sich die Erwartungen weitgehend auf die regionale Versorgung mit Bildungsangeboten sowie die Stimulation der lokalen Wirtschaft durch Nachfrageeffekte und konnten von den Hochschulen durch ihre bloße Existenz als erfüllt betrachtet werden.
- Der aktive Hochschulregionalismus hingegen beschreibt Hochschulen als Akteure, denen die erwähnte „Dritte Mission“ zukommt. Die wichtigsten Erwartungen, die sich diesbezüglich an die Hochschulen richten, betreffen vor allem drei Bereiche: die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die Region, Impulse zur Entwicklung regionaler Innovationsstrukturen und Beiträge zur Bewältigung nichtökonomischer regionaler Herausforderungen.

Unter Bedingungen quantitativer Reduzierung (der Bevölkerung und der Finanzmittel) werden Entwicklungschancen regelmäßig dort vermutet, wo Größeneffekte durch Qualitätseffekte substituiert werden können. Hinsichtlich ökonomischer Entwicklungen wird davon ausgegangen, dass sich solche Qualitätseffekte wesentlich durch verstärkte bzw. optimierte Wissensbasierung und damit erhöhte Innovationspotenziale erzeugen lassen.

Wird diese Annahme als gültig unterstellt, dann sind Hochschulressourcen eine zentrale Bedingung von Regionalentwicklung unter Bedingungen demografischen Wandels: Sie stellen Hochqualifikationsangebote bereit, können system-, prozess- und produktbezogenes Problemlösungswissen erzeugen sowie ihre Sitzregionen an die überregionalen Kontaktschleifen des Wissens anschließen. Damit sind sie eine zentrale Voraussetzung, um die Resonanzfähigkeit ihrer Regionen für wissensbasierte Entwicklungen trotz demografischer Schrumpfung zu erzeugen bzw. zu erhalten.

Hinzu tritt speziell in Ostdeutschland, dass den öffentlich unterhaltenen Wissenschaftspotenzialen eine wichtige Kompensationsfunktion zufällt: Gemessen an der entsprechenden Ausstattung westdeutscher Regionen ist privat finanzierte Forschung und Entwicklung (FuE) in einem nur unterkritischen Maße vorhanden. Auf Grund dessen haben FuE-Angebote der Hochschulen in den ostdeutschen Regionen eine zusätzliche Be-

deutung, die über ihren allorts bestehenden öffentlichen Auftrag deutlich hinausreicht.⁷

Übersicht 6: Beispiele für regionale Entwicklungs- und Handlungsansätze ostdeutscher Hochschulen

Hochschule Neubrandenburg: Neue Bildungswege für die Region

- Teilnahme an „BildungsLandschaft Uecker-Randow“ im Bundesprogramm „Lernen vor Ort“
- Lenkungsgruppe „BildungsEntwicklungsPlanung“: Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Landkreis Vorpommern-Greifswald
- Besondere Studiengänge: Öffnung für neue Studierendengruppen durch Schaffung von Dualen Studiengängen

TU Dresden: Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau: interdisziplinärer Stadtforschungsansatz unter Verknüpfung von Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Hochschule Wismar: Interreg-Projekt „ASAP“: Gestaltungsmöglichkeiten zwischen Hochschulen und Regionen im ländlichen Raum

Fachhochschule Stralsund: STeP – Stralsunder Tagungen für erfolgreiche Partnerschaften: Fachwissen von Studierenden bzw. Professoren trifft auf betriebswirtschaftliche Problemlagen

Stadt und Universität Magdeburg: Wissenschaftshafen Magdeburg: stadträumliche Integration innovativer Unternehmen und Forschungseinrichtungen zur perspektivischen Gestaltung eines Wissenschaftsquartiers

TU Bergakademie Freiberg

- Unterstützung der Region Osterzgebirge im EU-Projekt „Chance“
- Unterstützung des UNESCO-Welterbeprojekts „Montanregion Erzgebirge“
- Ausstellung *terra mineralia*: Belebung der Tourismuslandschaft durch die TU Bergakademie
- Ausbau des Innenstadt-Campus Schlossplatz als Wissenschaftskorridor zur Belebung der Altstadt

Eine Reihe ostdeutscher Hochschulen geht bereits heute auf vielfältige Art mit den Herausforderungen des demografischen Wandels um. Dabei wirken sie auch aktiv daran mit, wirtschaftliche und soziale Innovationen an ihrem Standort bzw. in ihrer Sitzregion zu schaffen. Wie Übersicht 6 exemplarisch zeigt, beschränkt sich die Innovationsorientierung nicht ökonomistisch allein auf Produkt- und Verfahrensinnovationen. Viel-

⁷ Dabei ist allerdings auch vor Überforderungen zu warnen: Die Hochschulen werden die fehlende privat finanzierte FuE nicht vollständig substituieren können. Dafür ist der Umfang des Defizits zu groß.

mehr geht es ausdrücklich auch um soziale Innovationserfordernisse. In diesem Sinne bestehen auch für alle Fächer Chancen und Notwendigkeiten, die regionale Komponente nicht zu vernachlässigen.

Zugleich aber sind Regional- und Hochschulentwicklungen unterschiedlich getaktet, da sie voneinander abweichenden Funktionslogiken folgen sowie unterschiedlichen Finanzierungs- und Steuerungsmodalitäten unterliegen. Deshalb kommt ein Zusammenhang zwischen Regional- und Hochschulentwicklung nicht zwingend und nicht umstandslos zustande. Er muss vielmehr durch die aktive Gestaltung von förderlichen Kontexten hergestellt werden.

1.3.4. Third Mission für die Region und Hochschulfinanzierung

Die Hochschulen in den ostdeutschen Ländern werden auch künftig finanziert werden – die Frage ist, in welchem Umfang. Dieser Umfang wird aller Voraussicht nach davon abhängen, wie überzeugend die Antworten auf eine Frage ausfallen: Wieweit vermögen es die Hochschulen zu plausibilisieren, dass etwaige künftige Minderauslastungen von Studienkapazitäten durch solche Leistungen substituiert werden, die ihr Finanzier – das jeweilige Land – als refinanzierungsfähig ansehen kann?

Die Länder werden angesichts der Haushaltsentwicklungen und des konditionierten Verschuldungsverbots keine andere Chance der Betrachtung haben. Die Refinanzierungsfähigkeit der Hochschulzuschüsse, die über eine Grundausstattung hinausgehen, wird über deren direkte und indirekte Effekte innerhalb des Landes dargestellt werden müssen. Gelingt dies nicht, dann droht eine Reduzierung der Hochschulkapazitäten auf das Niveau, welches man in einer imaginierten Neuaufbausituation bei heutiger Kenntnis der prognostizierten Studiennachfrage und der Landeshaushalte projektieren würde.

Als eher erfolgsunwahrscheinlich erscheint zumindest eines: mit der Begründung, vor allem die überregionale Rolle der jeweiligen Hochschule entwickeln zu wollen, ihrem regionalen Wirksamwerden keine größere Aufmerksamkeit zu widmen und zugleich das bisherige Verfehlen der globalen Bedeutsamkeit damit zu begründen, dass die Ausstattung und die Kontexte lediglich einer Hochschule regionaler Bedeutsamkeit entsprechen. Zu bedenken ist überdies, dass die Regionaloption an die Seite der hochschulpolitisch dominierenden Exzellenzorientierung treten kann. Damit lassen sich Legitimationsgewinne einfahren, die für einen größeren Teil der ostdeutschen Hochschulen bzw. einzelne ihrer Fachbereiche auf dem Wege von Exzellenzwettbewerben nicht zu erlangen sind.

Erfolgswahrscheinlicher dürfte es daher sein,

- auf der Grundlage der prinzipiell überregionalen bzw. internationalen Orientierung realistische Selbstbilder mit realistischen Entwicklungszielen zu formulieren,
- eine stabile Fachkräfteversorgung (auch) der Region zu leisten,
- engagiert eine Kompensationsfunktion für die unterkritisch vorhandene privat finanzierte FuE wahr- und
- die gesellschaftliche Situation als eine auch wissenschaftliche Herausforderung anzunehmen.

Die Hochschulen, die sich heute auf den Weg machen, ihre Studienkapazitäten so weit als möglich auszulasten, zentrale Pfeiler regionaler Innovationsstrukturen zu werden und aktive Beiträge zur Bewältigung gesellschaftlicher Problemlagen zu erbringen bzw. ihre bereits laufenden Aktivitäten auf diesem Wege zu intensivieren, werden jedenfalls vergleichsweise größere Chancen haben, ihre Ressourcen, fachliche Breite bzw. Existenz dauerhaft zu sichern. Damit sichern sie sich zugleich auch die Chancen darauf, ihre relativen Positionen im überregionalen, ggf. internationalen Maßstab zu verbessern.

1.4. Fazit

Die demografischen Wandlungsprozesse verlaufen regional selektiv und mit unterschiedlicher Intensität. Dies korrespondiert mit den jeweiligen wirtschaftlichen Situationen. In der Perspektive der Regionalentwicklung ergeben sich so Prosperitätszonen bzw. -inseln und Stagnations- bzw. Abschwungkorridore. Prägnant zeigt sich das in einer Raumbetrachtung, die auf wissenschaftliche Regionsmerkmale abstellt. In ländlichen und in klein- bzw. mittelstädtisch geprägten Regionen gelten zentrale der üblicherweise metropolitan geprägten Annahmen darüber, was die Wissensgesellschaft ausmache, nicht. Der deutlichste Kontrast besteht dabei zwischen West- und Ostdeutschland: Die östlichen Bundesländer beherbergen überwiegend wissenschaftliches Brachland. Als begrenzendes Rahmenbedingung wird dabei insbesondere die Entwicklung der finanziellen Rahmenbedingungen wirksam. Es muss von einer Realminderung der ostdeutschen Landeshaushalte um 20 bis 30 Prozent bis zum Jahre 2020 im Vergleich zu 2008 ausgegangen werden.

All das erzeugt aber weniger eine ostdeutsche Sondersituation, sondern eher einen Problemvorsprung gegenüber Westdeutschland – wo ver-

gleichbare demografische Herausforderungen zeitversetzt ebenfalls anstehen. Dieser Problemvorsprung kann durch aktive Gestaltung in einen Problemlösungsvorsprung überführt werden – wobei ein Teil der Probleme zwar nicht zum Verschwinden gebracht, doch immerhin in einen produktiven Bearbeitungsmodus überführt wird.

Bislang sind für die Regionen Ostdeutschlands zwei zentrale Ziele definiert: (a) selbsttragende Entwicklungen ab Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2020 und (b) die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in West und Ost.

Um dem Erreichen selbsttragender Entwicklungen im Angesicht der absehbaren ostdeutschen Landeshaushaltsentwicklungen näher zu kommen, bedarf es einerseits wirtschaftlicher Stabilität, um die Einnahmensituation der öffentlichen Haushalte zu verbessern; andererseits der Sicherstellung gesellschaftlicher Stabilität, um die öffentlichen Ausgaben für nachsorgende Problembearbeitungen zu begrenzen. Wirtschaftliche Stabilität wiederum erfordert eine Steigerung des technisch-technologischen Innovationsgeschehens. Gesellschaftliche Stabilität erfordert soziale Innovationen.

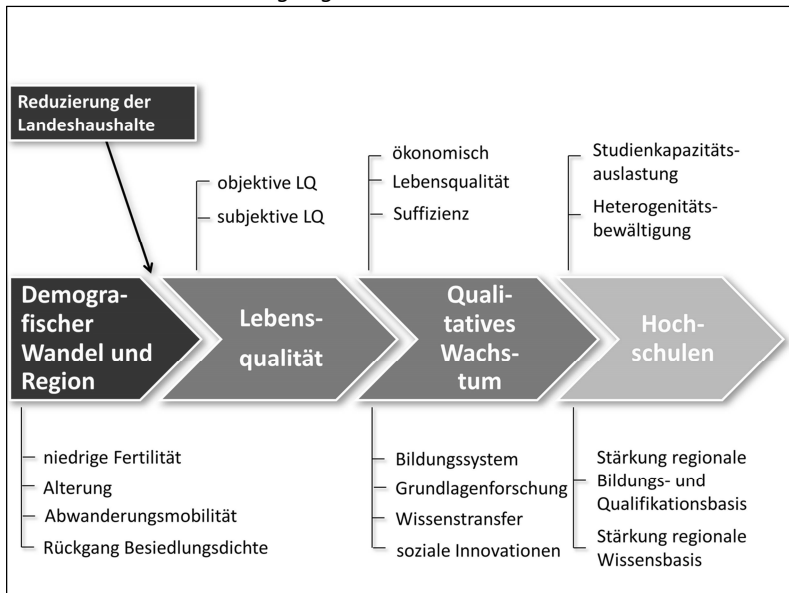
Vor dem doppelten Hintergrund des demografischen Wandels und der ostdeutschen Landeshaushaltsentwicklungen ist dabei von drei zentralen Annahmen auszugehen: (1) Sowohl für wirtschaftliche als auch außerökonomische Entwicklungen werden vornehmlich *endogene Entwicklungspotenziale* zu erschließen sein. (2) Die Wohlstandsentwicklung wird unmittelbar mit dem Grad an selbsttragender Entwicklung korrelieren, der unter Mobilisierung endogener Entwicklungs-, insbesondere *Innovationspotenziale* realisiert wird; dazu werden vor allem wissenschaftliche Entwicklungsfaktoren zu mobilisieren sein. (3) Zu den endogenen Innovationspotenzialen gehören als zentrale Schaltstelle der Regionalentwicklung die *Hochschulen*.

Hinsichtlich des politischen Ziels „gleichwertige Lebensverhältnisse“ stellt die bislang dominierende Perspektive auf Messbares ab, verfehlt aber u.U. das, was mit Einkommen, Beschäftigung oder kommunaler Leistungsfähigkeit erreicht werden soll: Lebensqualität. Denn es geht um Lebenschancen und Lebenszufriedenheit. Zu unterscheiden sind dabei die objektive Lebensqualität, ausgedrückt in statistisch messbaren Indikatoren für Lebensbedingungen, sowie die subjektive Lebensqualität, entstehend durch die individuelle Verarbeitung und Bewertung der objektiven Lebensqualität.

In dieser Perspektive kann auch in den Blick geraten, inwieweit die traditionellen Wachstumsannahmen der ostdeutschen Situation gerecht werden. In Ostdeutschland ist durch das Zusammentreffen der Krise des

herkömmlichen Wachstumsmodells und des demografischen Wandels gleichsam ‚vor der Zeit‘ ein Sozial- und Wirtschaftsmodell zu gestalten, das sich vom traditionellen Wachstumskapitalismus unterscheidet und mit Zeitversetzung ebenfalls in den westdeutschen Regionen als Herausforderung stehen wird. Eine Alternative zum heute dominierenden Wachstumsmodell stellt die Orientierung auf qualitatives Wachstum dar. Dieses wiederum setzt eine deutliche Steigerung immaterieller Investitionen voraus: in das Bildungssystem, in Grundlagenforschung und in FuE. Als Träger dessen wirken in entscheidendem Maße die Hochschulen.

Übersicht 7: Untersuchungslogik in Stichworten



Die Auswirkungen der demografischen und finanziellen Rahmenbedingungen werden vornehmlich regional wirksam. Die Regionen haben ein Interesse an selbsttragender Entwicklung. Die in den Regionen ansässigen Hochschulen sind einerseits ebenfalls von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen, andererseits haben sie ein Interesse an organisationaler Stabilität. Beides lässt sich zusammenführen.

Den weniger vorhandenen Menschen – darunter insbesondere den Nachwuchsenden – werden mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen zu eröffnen sein, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll. Die ostdeutschen Hochschulen werden daher zum einen in zunehmenden Ma-

ße Strategien entwickeln müssen, um die Zahl der Studierenden bspw. über die Anwerbung neuer Studierendengruppen auf einem gesellschaftlich akzeptierten Niveau halten können. Zum anderen werden in qualitativer Hinsicht Ansätze benötigt, um einer erwartbaren stärkeren Heterogenität der Studierenden produktiv zu begegnen.

Zugleich steht zu erwarten, dass – demografisch bedingt – auch mit solchen Maßnahmen die Studienkapazitäten in nichtmetropolitanen Räumen nicht mehr komplett auslasten werden. Dass die Hochschulen dann noch ihre Ausstattungsbedürfnisse *allein* bildungsbezogen legitimieren können, erscheint sehr fraglich. Darauf lässt sich reagieren, indem Leistungen einerseits erbracht, andererseits plausibel dargestellt werden, die gesellschaftliche Erwartungen bedienen. Solche richten sich, als wesentlicher Teil einer „Third Mission“ der Hochschulen, insbesondere auf deren stärkeres regionales Wirksamwerden. Durch ihre Beteiligung an der Regionalentwicklung kann zweierlei erzeugt werden: verstärkte bzw. optimierte Wissensbasierung und damit erhöhte wirtschaftliche und außerökonomische Innovationspotenziale in der Region.

Die Wahrnehmung der Third Mission bedeutet keine Trennung von regionaler und überregionaler Orientierung einer Hochschule. Vielmehr ist die regionale Wirksamkeit von Hochschulen dann am aussichtsreichsten, wenn diese ihre Region an überregionale Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -distribution anschließen. Insoweit dürfen die Hochschulen als eine zentrale Voraussetzung gelten, um die Resonanzfähigkeit ihrer Regionen für wissensbasierte Entwicklungen trotz demografischer Schrumpfung zu erzeugen bzw. zu erhalten.

Hinzu tritt speziell in Ostdeutschland, dass den öffentlich unterhaltenen Wissenschaftspotenzialen eine Kompensationsfunktion für die nur unterkritisch vorhandene privat finanzierte FuE zufällt. Bei all dem beschränkt sich die Innovationsorientierung der Third Mission nicht ökonomistisch auf Produkt- und Verfahrensinnovationen. Vielmehr geht es ausdrücklich auch um soziale Innovationserfordernisse. In diesem Sinne bestehen auch für alle Fächer Chancen und Notwendigkeiten, die regionale Komponente nicht zu vernachlässigen.

Der Umfang der künftigen Hochschulfinanzierung in den ostdeutschen Ländern wird aller Voraussicht nach davon abhängen, wie überzeugend die Antworten auf eine Frage ausfallen: Wieweit vermögen es die Hochschulen zu plausibilisieren, dass künftige etwaige Minderauslastungen von Studienkapazitäten durch solche Leistungen substituiert werden, die ihr Finanzier – das jeweilige Land – als refinanzierungsfähig ansehen kann? Gelingt auf diese Frage keine produktive Antwort, dann droht eine Reduzierung der Hochschulkapazitäten auf das Niveau, welches man in

einer imaginierten Neuaufbausituation bei heutiger Kenntnis der prognostizierten Studiennachfrage und der Landeshaushalte projektieren würde.

Die Hochschulen, die sich heute auf den Weg machen, ihre Studienkapazitäten auszulasten, zentrale Pfeiler regionaler Innovationsstrukturen zu werden und aktive Beiträge zur Bewältigung gesellschaftlicher Problemlagen zu erbringen, bzw. ihre bereits laufenden Aktivitäten auf diesem Wege zu intensivieren, werden jedenfalls vergleichsweise größere Chancen haben, ihre Kapazitäten bzw. Existenz dauerhaft zu sichern. Damit sichern sie sich zugleich auch die Chancen darauf, ihre relativen Positionen im überregionalen, ggf. internationalen Maßstab zu verbessern.

Insgesamt: Den Hochschulen wächst die Aufgabe zu, die Rolle der wesentlichen Innovationsagenturen im demografischen Wandel wahrzunehmen und als eines der wichtigsten Verödungshemmnisse in den Regionen wirksam zu werden. Durch ihre überwiegend öffentliche Finanzierung und ihren Charakter als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge stellen sie im Vergleich zu anderen Akteuren institutionell sehr stabile Ankerpunkte einer regionalen Kultur der Problemlösungsorientierung und Innovation dar. Soll aus dem ostdeutschen Problemvorsprung auch ein Problemlösungsvorsprung generiert werden, dann wird dies wesentlich eine Aufgabe der Hochschulen sein: als Agenturen ebenso wirtschaftlicher wie auch sozialer Innovation.

* * *

Die Zusammenhänge von Hochschul- und Regionalentwicklung in der demografischen Schrumpfungssituation waren und sind Gegenstände zahlreicher Forschungs-, Entwicklungs- und Beratungsprojekte, die in den letzten Jahren am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) und am WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg durchgeführt wurden bzw. noch laufen. Die nachfolgenden Beiträge präsentieren deren zentrale Ergebnisse.

Literatur

- Behr, Michael/Rudi Schmidt (Hg.) (2005): Aufbau Ost. Betriebliche und überbetriebliche Erfolgsfaktoren im verarbeitenden Gewerbe, Jena.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder, Berlin.
- Busch, Ulrich/Rainer Land (Hg.) (2006): Zur Lage in Ostdeutschland (=Berliner Debatte Initial 5/2006), GSFP, Berlin, S. 2-96.
- CHE, Centrum für Hochschulentwicklung (2012): Modellrechnungen zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Deutschland, Gütersloh; auch unter www.che.de/downloads/CHE_AP152_Studienanfaengerprognose.pdf (30.2.2012).

- CHE Consult, Centrum für Hochschulentwicklung Consult Gütersloh (2013): Zur Entwicklung der Studiennachfrage an Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt, Bericht 18. Juni 2013; http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW_Arbeitsberichte_2_2013.pdf (2.7.2013).
- Christmann, Gabriela B./Balgar, Karsten (2012): Raumentwicklung, soziale Unternehmer und soziale Innovationen, in: IRS Aktuell 72, S. 3-4.
- Ebbinghaus, Bernhard/ Heinz-Herbert Noll/Thomas Bahle/Claus Wendt/Angelika Scheuer (2007): Report Lebensqualität 2006. Im Auftrag des Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller, Mannheim; URL www.mzes.uni-mannheim.de/publications/papers/Report_Lebensqualitaet.pdf (1.10.2012).
- Finanzministerium Sachsen-Anhalt (o.J. [2008]): Mittelfristige Finanzplanung des Landes Sachsen-Anhalt 2009 bis 2013, URL http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/iElementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_der_Finzen/Dokumente/mipla/Mipla2009.pdf (5.3.2010).
- Frank, Andrea/Höfer, Simone (Hg.) (2011): Interaktive Wertschöpfung. Neue Innovationsmodelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Edition Stifterverband, Essen; auch unter http://www.stifterverband.de/publikationen_und_podcasts/positionen_dokumentationen/interaktive_wertschoepfung/interaktive_wertschoepfung.pdf (11.10.2012).
- Gibbons, Michael/Camille Limoges/Helga Nowotny/Simon Schwartzman/Peter Scott/Martin Trow (1994): The New Production of Knowledge. The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies, London.
- Haskel, Jonathan (2011): Immaterielle Investitionen und Wachstum. Ein Vergleich zwischen Großbritannien und Deutschland, in: Andrea Frank/Simone Höfer (Hg.), Interaktive Wertschöpfung. Neue Innovationsmodelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Edition Stifterverband, Essen, S. 10–17.
- Hirata, Johannes (2012): Wirtschaftswachstum und gute Entwicklung. Was ist dran an der Wachstumskritik?, Roman Herzog Institut e.V., München; auch unter http://www.romanhiratainstitut.de/uploads/tx_mspublication/RHI_Position_12_WEB.pdf (8.10.2012).
- IWH, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Saale) (2004): Forschungsprojekt „Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft“ im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Endbericht, Halle (Saale).
- Jochimsen, Beate (2012): Wohlstand messen, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 27-28/2012, S. 19-23; auch unter http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2012-27-28_online.pdf (8.10.2012).
- Klingholz, Reiner (2009): Herr Minister, wir schrumpfen!, in: F.A.Z., 30.6.2009, S. 31.
- KMK, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2012): Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2012-2025. Fortschreibung, www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Vorausberechnung_der_Studienanfaenger_zahlen_2012-2025_01.pdf (30.1.2012)
- Korczak, Dieter (1995): Lebensqualität-Atlas. Umwelt, Kultur, Wohlstand, Versorgung, Sicherheit und Gesundheit in Deutschland, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Kujath, Hans Joachim/Kai Pflanz/Axel Stein/Sabine Zillmer (2008): Raumentwicklungspolitische Ansätze zur Förderung der Wissensgesellschaft, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Berlin/Bonn, URL http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_21272/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/WP/2008/heft58_DL,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/heft58_DL.pdf (20.8.2011).
- Kujath, Hans Joachim/Axel Stein (2009): Rekonfigurierung des Raumes in der Wissensgesellschaft, in: Raumforschung und Raumordnung 5-6/2009, S. 369-382.

- Linz, Manfred (2006): Was wird dann aus der Wirtschaft? Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit (=Wuppertal Papers 157), Wuppertal, auch unter http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WP157.pdf (8.10.2012).
- Linz, Manfred (2012): Weder Mangel noch Übermaß. Warum Suffizienz unentbehrlich ist, oekom Verlag, München.
- Lörz, Michael (2008): Räumliche Mobilität beim Übergang ins Studium und im Studienverlauf. Herkunftsspezifische Unterschiede in der Wahl und Nachhaltigkeit des Studienortes, in: *Bildung und Erziehung*, 4/2008, S. 413-436.
- Matthiesen, Ulf (2007): Stadtentwicklung, Wissen und Lernen unter Schrumpfungsbedingungen, in: *Leibniz-Gemeinschaft (Hg.), Raumwissenschaftliche Forschung für die Praxis*, Bonn, S. 19-23.
- Mayer, Karl Ulrich (Hg.) (2013): *Zukunft leben. Die demografische Chance*, Nicolai Verlag, Berlin.
- Miegel, Meinhardt (1997): *Arbeitsgesellschaft der Zukunft*, in: *Schwalbacher Gespräche*, 7.10.1997, www.procterundgamble.de/unternehmen/swagespr/media/miegel-manus_kript.doc (12.2.2005).
- Miegel, Meinhardt (2012): Welches Wachstum und welchen Wohlstand wollen wir?, in: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte* 27-28/2012, S. 3-8, auch unter http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2012-27-28_online.pdf (8.10.2012).
- Ministerkonferenz für Raumordnung (2009): Bericht des Hauptausschusses der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) – „Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge“, Berlin; URL <http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/28644/publicationFile/166/bericht-zum-beschluss-demografischer-wandel-und-daseinsvorsorge.pdf> (18.11.2012).
- Müller, Steven (1999): Deutsche und amerikanische Universitäten im Zeitalter der Kalkulation, in: Mitchell G. Ash (Hg.), *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten*, Böhlau Verlag, Wien/Köln/Wien, S. 195-199.
- Noll, Heinz-Herbert (2000): *Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und ‚neue‘ Wohlfahrtskonzepte*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, URL <http://hdl.handle.net/10419/50283> (25.9.2012).
- Raffelhüsch, Bernd / Schöppner, Klaus-Peter (2012): *Glücksatlas 2012*. Deutsche Post AG, Bonn, und Albrecht Knaus Verlag, München.
- Ragnitz, Joachim/Helmut Seitz (2007): Gutachten zur Ermittlung haushaltsrelevanter Kennziffern. Gutachten im Auftrag des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, URL http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_k_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_Ministerium_der_Finanzen/Dokumente/Benchmark-Gutachten/Benchmark-Gutachten_02.PDF (5.3.2010).
- Seitz, Helmut (2006): Die finanzpolitische Situation in Thüringen. Eine Untersuchung vor dem Hintergrund der demographischen Veränderungen und der Rückführung der Osttransferleistungen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Dresden/Erfurt.
- Spiess, C. Katharina/Katharina Wrohlich (2008): Does Distance Determine Who Attends a University in Germany?, Bonn; <http://ftp.iza.org/dp3615.pdf> (12.4.2010).
- Stehr, Nico (2001): Moderne Wissensgesellschaften, in: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte* 36/2001, S. 7-14; auch unter <http://www.bpb.de/system/files/pdf/K318AX.pdf> (12.8.2011).
- Steinbrecher, Johannes/Christian Thater/Marcel Thum (2009): *Langfristige Prognose der Einnahmeentwicklung für den Landeshaushalt des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025. Endbericht. Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen. Unter Mitarbeit von Oskar Krohmer, Institut für Wirtschaftsforschung Niederlassung Dresden, Dresden.*

Willich, Julia/Daniel Buck/Christoph Heine/Dieter Sommer (2011): Studienanfänger im Wintersemester 2009/10. Wege zum Studium, Studien- und Hochschulwahl, Situation bei Studienbeginn, Hochschul-Informationssystem, Hannover; auch unter <http://bit.ly/iqeyvv> (19.11.2012).